

Steueramnestie kommt ins Parlament

CVP-Nationalräte machen sich im Parlament für eine Steueramnestie stark. In FDP und SVP ist man sich uneins.

Stefan Bühler

Lanciert hat die Idee ein Vertreter des Finanzplatzes Zürich: FDP-Nationalrat Hans-Peter Portmann ging mit der Forderung nach einer Generalamnestie für Steuersünder voraus. Ins Parlament getragen wird das Vorhaben nun aber von Vertretern der Bankenplätze Genf und Tessin, den CVP-Nationalräten Guillaume Barazzone und Fabio Regazzi. Der Genfer Barazzone schlägt in einer parlamentarischen Initiative eine Generalamnestie für die Bundes-, die Kantons- und Gemeindesteuern vor, beschränkt auf zwei Jahre, spätestens ab dem 1. Januar 2018. Demnach sollen Steuersünder ihre Schulden rückwirkend auf vier Jahre nachzahlen können, ohne Verzugszins und Bussen. Die Einnahmen des Bundes sollen in die AHV fliessen.

Der Tessiner Regazzi regt derzeit eine vorübergehende Anpassung der sogenannten «kleinen Amnestie» an. Mit dieser einmaligen, straflosen Selbstanzeige können Steuerhinterzieher seit 2011 ihre un versteuerten Gelder regularisieren, indem sie auf zehn Jahre zurück die Steuern nachzahlen. Regazzi möchte nun den Anreiz für eine Selbstanzeige steigern, indem nur drei Jahre nachbezahlt werden müssten. Beide Initianten begründen ihre Vorstösse mit der Einführung des

automatischen Informationsaustauschs (AIA), über den der Schweizer Fiskus an Daten über Konten von Schweizern im Ausland gelangen wird. Zudem verweisen sie auf Pläne zur Verschärfung des Steuerstrafrechts.

Unterzeichnet haben die CVP-Vorstösse nebst Vertretern der BDP auch mehrere Nationalräte von FDP und SVP. Das widerspricht allerdings den offiziellen Positionen dieser beiden Parteien. Die SVP hält eine Amnestie für unnötig, weil sie den AIA nicht will. Die FDP zieht derzeit bloss eine geringfügige Erweiterung der kleinen Amnestie auf die

Guillaume Barazzone



Der Genfer CVP-Nationalrat schlägt eine Generalamnestie ohne Verzugszinsen und Bussen für Steuerhinterzieher vor.

Verrechnungs- und die Mehrwertsteuer in Betracht, eine weitgehende Amnestie lehnen die Freisinnigen mehrheitlich ab. So erklärt Nationalrat Andrea Caroni: «Steuerdelinquenten können sich bereits einmalig straflos selbst anzeigen. Dafür müssen sie aber vollständig reinen Tisch machen. Wer den Fiskus dabei wiederum hintergeht, verdient keine weiteren Gnadenakte.»